

Dass aber solche Pseudo-Reformen sich auf dem Rücken der Schüler abspielen, wird nicht laut gesagt, **nur**: Die Schüler bekommen das Chaos zu spüren, und die Wirtschaft bekommt mangelhaft ausgebildete Mitarbeiter.

Der VkdL fordert deshalb vor Einführung neuer Schulformen und Veränderungen im Schul- und Bildungswesen den Nachweis des Besseren durch längerfristige, wissenschaftlich begleitete Schulversuche. Wahlerfolge sind keine tragfähigen Kriterien für Veränderungen im Schulwesen.

Weitere Entschliefungen zur „Schulpolitik“:

- Inklusion 1 bis 3 (2010/2011/2012)
- Hauptschule — ein Illusionsakt (2011)
- Schule muss in Ruhe arbeiten können (2011)
- Länger gemeinsam lernen — der erste Schritt zur Einheitsschule (2010)
- Unterschiede positiv sehen! (2009)
- Einheitsschule — bildungspolitischer Irrweg (2007)
- Sitzenbleiben nicht abschaffen, aber vermeiden (2006)
- Individuelle Förderung ersetzt nicht das gemeinsame Lernen (2006)
- Was unsere Schulen brauchen! (2005)



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen
Telefon: 02 01/ 62 30 29, Fax: 02 01/ 62 15 87
E-Mail: VkdL-Essen@t-online.de
Internet: www.vkdL.de

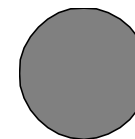
© **VkdL 2012 — BHV**

Die Entschliefung kann bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden!



Schule darf nicht zum Spielball der Parteipolitik werden!

Auf den Punkt gebracht !



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen

Berufsverband lehrender Frauen aller Bildungsbereiche

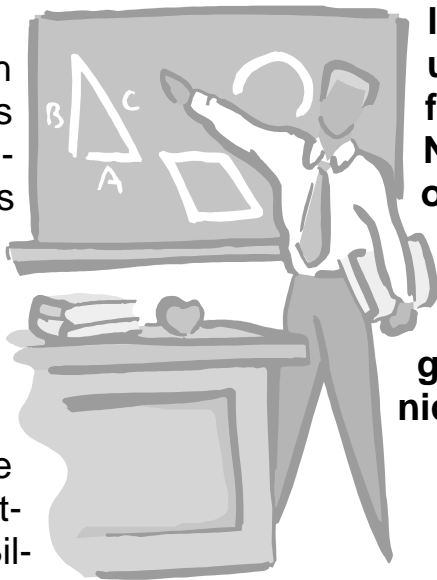


Schule darf nicht zum Spielball der Parteipolitik werden!

Mittlerweile ist es üblich, dass jede politische Partei ihr favorisiertes Schul- und Bildungssystem hat und versucht, damit ihre Wähler zu ködern.

Der Staat, der eigentlich für ein demokratisches Schulsystem sorgen sollte, hat sich längst aus „dem Geschäft“ zurückgezogen und das Spielfeld den politischen Parteien überlassen.

So hat inzwischen jede Partei ihr Schwerpunkt-System im Schul- und Bildungsbereich, und wenn sie in einem Bundesland an der Macht ist, wird rigoros umgebaut im Sinne der jeweiligen Regierungspartei.



Auf die Schülerinnen und Schüler wird dabei keine Rücksicht genommen, alles soll ja besser werden!

Fragwürdig wird dieses Spiel allerdings, wenn auf der Grundlage einer politischen Ideologie, deren Darstellung für den Wähler eingängig ist, Schulen und Schulformen eingeführt werden, die keinen Nachweis des Richtigen oder Besseren aufweisen können, weil es sie bisher nicht gegeben hat und wissenschaftlich begleitete Schulversuche nicht durchgeführt wurden.

Aus parteipolitischen Gründen wird ein funktionierendes und bewährtes Schulsystem „umgemodelt“, eine neue Schulform „kreatiert“, nur weil es der Zielsetzung der Partei entspricht.

Eltern wird die Veränderung, dass sie bisher bekannte und bewährte Schulen nach der Wahl nicht mehr finden, damit erklärt, dass man „jedes Kind fördern und auf den Weg zum Abitur bringen“ wolle. Die Fragwürdigkeit des Unterfangens wird diskret verschwiegen.

! Ob das gelingt mit der neuen Schule, ist die weitere Frage, die sich aber erst bei der nächsten Wahl wieder stellt, und **Wähler haben oft ein kurzes Gedächtnis.**

